



TOP: 8

Der Kreisausschuss

Stabsstelle Dezernatsbüro der Landrätin

Lfd.Nr. 257/2018 KT

Beschlussvorlage Kreistag

Etablierung „Bündnis für Wohnen“

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt:

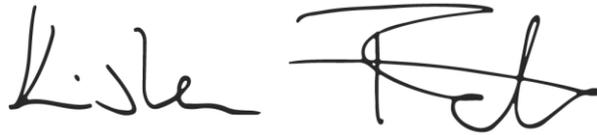
1. Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss, ein „Bündnis für Wohnen“ im Landkreis Marburg-Biedenkopf vorzubereiten. Dazu sollen:
 - die Ergebnisse der Wohnungsmarktanalyse mit den Städten und Gemeinden erörtert,
 - in gemeinsamer Diskussion mit den Akteuren des Wohnungsmarktes die wesentlichen Handlungsschwerpunkte des Bündnisses herausgearbeitet und
 - eine Arbeitsstruktur sowie ein Vorschlag für ein gemeinsames Bündnispapier erarbeitet und abgestimmt werden.
2. Der Fokus der Bündnisarbeit soll auf der Entwicklung von Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung mit bezahlbarem und altersgerechtem Wohnraum und der Förderung der Innenentwicklung liegen.
3. Das Bündnis soll in die Aktivitäten der „Allianz für Wohnen in Hessen“ eingebunden werden.

Begründung:

Die Wohnungsmarktanalyse hat gezeigt, dass das zentrale Problem zur Verbesserung der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum nicht die geringe Investitionsbereitschaft der Wohnungsmarktteure, sondern die mangelnde Verfügbarkeit von geeigneten und bezahlbaren Bauflächen in zentraler Lage mit guter Versorgungsinfrastruktur und Anbindung an den ÖPNV ist. Als weiteres zentrales Handlungsfeld wurden außerdem die Anpassungsbedarfe des Wohnraumbestandes im Hinblick auf die Versorgung mit altersgerechtem Wohnraum identifiziert. Es ist notwendig, die lokalen Wohnraumbedarfe zusammenzutragen, zu artikulieren und geeignete Maßnahmen zu diskutieren und umzusetzen.

Neben einer aktiven Wohnungs- und Baulandpolitik in den Städten und Gemeinden bedarf es dazu der Etablierung eines Gesprächsformates, in dem sich die Wohnungsmarktteure und Kommunen auf einer überörtlichen regionalen Ebene beraten, abstimmen und Formen der Kooperation im Dialog entwickeln. In einem solchen „Bündnis für Wohnen“ bestünde die Möglichkeit, gemeinsam an Bewusstseinsbildung und Informationsbereitstellung zu arbeiten, Bedarfe für planerische Unterstützung zu identifizieren und effektiv die Verwaltungen bei der Entwicklung und Anwendung wirkungsvoller Instrumente wie z.B. der Grundstückvergabe nach Konzeptqualität oder gemeinsamer Vermarktungsaktivitäten zu unterstützen. Neben Verbesserungen bei der zielgerichteten Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum könnte somit auch insgesamt ein Beitrag zur Stärkung der ländlichen Räume geleistet werden. Da die Wohnungsmarktanalyse im Wesentlichen auf statistischen Kennwerten aufbaut, sollen die Ergebnisse in einem ersten Schritt in lokalen Gesprächen mit den Städten und Gemeinden erörtert werden, um lokale Bedarfe und Initiativen zu identifizieren. Auf dieser Basis kann dann der Dialog mit den weiteren Wohnungsmarktteuren aufbauen, dessen Ziel die Übereinkunft über Struktur und inhaltliche Ausrichtung des Bündnisses ist.

Ein regionales „Bündnis für Wohnen“ liefe nicht den Zwecken der hessenweiten „Allianz für Wohnen in Hessen“ zuwider, sondern würde als sinnvolle und nützliche Ergänzung wahrgenommen. Eine Befürchtung, durch das Nebeneinander von mehreren Bündnissen Parallelstrukturen zu entwickeln, besteht ausdrücklich nicht. In der hessenweiten Allianz sind die Städte und Gemeinden nicht direkt, sondern mittelbar über die Verbände eingebunden. Über das regionale Bündnis könnten die Städte und Gemeinden wirkungsvoll direkt beteiligt werden.

A handwritten signature in black ink, consisting of the name 'Kirsten' followed by a stylized, cursive 'Fründt'.

Kirsten Fründt
Landrätin

Anlage(n):

1. Kurzinformation "Bündnisse für Wohnen"